

20. Die Ordinarien und die Priester, die die vom Heiligen Stuhl gegebenen Vergünstigungen in Anspruch nehmen müssen, mögen die Gläubigen eifrig ermahnen, häufig dem Meßopfer beizuwohnen und sich an der eucharistischen Speise zu laben; in geeigneter Weise mögen sie vor allem durch Predigten jenes geistige Wohl fördern, um dessent-

willen Papst Pius XII. die Konstitution herausgeben wollte.

Der Papst hat diese Unterweisung gebilligt und angeordnet, daß sie zusammen mit der Konstitution „Christus Dominus“ in den Acta Apostolicae Sedis veröffentlicht wird.

Die Kirche in den Ländern

Der Charakter der jugoslawischen Kirchenverfolgung

Der Abbruch der diplomatischen Beziehungen zwischen Jugoslawien und dem Heiligen Stuhl und der bevorstehende Staatsbesuch Titos in London haben den Katholiken in Amerika und England von neuem Grund und Anlaß geboten, gegen die opportunistische Politik zu protestieren, die diese beiden Länder gegenüber Jugoslawien betreiben. Diese Proteste haben besonders in England großen Umfang angenommen und werden auch von nicht-katholischen Persönlichkeiten unterstützt. Kein Geringerer als der Erzbischof von Canterbury hat ihnen moralischen Rückhalt geboten.

Meinungsverschiedenheiten in England

Die Katholiken dieser Länder sind davon überzeugt, daß die Kirche in Jugoslawien verfolgt und die Religion in jeder Form bekämpft wird. Tito macht kein Hehl daraus, daß er Kommunist ist und die materialistische Weltanschauung zum Siege führen will. In diesem Sinne gebraucht er die Macht des Staates und unterdrückt die Menschenrechte. Es ist eine grundsatzlose Politik, so sagen die angelsächsischen Katholiken, wenn Regierungen, die für die Menschenrechte eintreten, ein solches Regime unterstützen. Übrigens, so argumentiert man besonders in Amerika, ist es auch eine schlechte Politik; denn was Tito von Moskau scheidet, sind Bagatellen im Vergleich zu den auch politisch entscheidenden Differenzen zwischen ihm und den Zielen, die der Westen zu verfolgen hat. Er kann also, wenn überhaupt ein Verbündeter, so sicherlich niemals ein zuverlässiger werden.

Es ist den Katholiken in diesen westlichen Ländern bisher nicht gelungen, sich in der öffentlichen Meinung durchzusetzen. Sie haben es nicht nur mit den Opportunisten zu tun, sondern auch mit solchen, die die Ansicht vertreten, daß in Jugoslawien tatsächlich Religionsfreiheit bestehe und von einer Vergewaltigung der Menschenrechte keine Rede sein könne, wenn auch wohl allgemein zugegeben wird, daß manche Maßnahmen der jugoslawischen Religionspolitik sehr anfechtbar sind. So sagte der britische Labourpolitiker Lord Strabolgi nach einer Reise nach Belgrad: „Obwohl natürlich gewisse Dinge vom britischen Standpunkt bedauerlich sind, ist die angebliche Verfolgung der Kirchen jenes Landes in England außerordentlich übertrieben worden. Ich bin zufrieden, daß die Leute dort die Freiheit haben, ihre Religion auszuüben, und daß die Kirchen volle Freiheit genießen, ihre Anhänger innerhalb der kirchlichen Räume zu belehren, solange sie sich nicht in die Politik einmischen.“

Was der englische Lord mit gewissen Einschränkungen sagt, ist in einer deutschen SPD-Zeitung, die uns zu Gesicht kam, sehr vergrößert in den Satz gefaßt: Eine Kirchenverfolgung in Jugoslawien ist nicht bewiesen. An der Verschärfung der Spannung mit der Kirche sei der Vatikan schuld, weil er einen Mann vom Charakter Quislings zum Kardinal ernannt habe. (Westfälische Rundschau, 23. 12. 1952.) Jugoslawien setze sich nur gegen die einseitig italienische Politik des Vatikans zur Wehr. Das Blatt macht sich also die Argumente zu eigen, mit denen die Belgrader Regierung den Abbruch der diplomatischen Beziehungen begründete.

Was heißt Kirchenverfolgung?

Es ist deshalb notwendig festzustellen, welche Tatsachen es sind, die uns zwingen, von einer Verfolgung der Kirche und deshalb auch von einer Vergewaltigung des Menschenrechts der Religionsfreiheit in Jugoslawien zu sprechen. Nicht alle Übergriffe des Staates in die Zuständigkeit der Kirche, und nicht einmal dann, wenn sie von feindseligem Geist gegen sie erfüllt sind, berechtigen uns dazu, von einer Verfolgung der Kirche zu sprechen. Für verfolgt darf sich die Kirche erst dann ansehen, wenn die Machtmittel des Staates mit dem Ziel eingesetzt werden, die Kirche oder die Religion auszurotten. Daß Tito dies Ziel verfolgt, ergibt sich nicht nur daraus, daß er überzeugter Kommunist ist und sich schon oft gerühmt hat, ein solcher zu sein; er hat auch selbst und durch seine Funktionäre mehr als genug bekanntgemacht, daß nach seiner Ansicht die Religion Aberglaube ist und daß das Volk zur Weltanschauung des wissenschaftlichen Materialismus erzogen werden müsse. Die Herder-Korrespondenz hat in den vergangenen Jahren und Monaten dafür Belege gebracht.

Es steht also nur in Frage, ob Tito dies Ziel rein auf dem Wege geistiger Auseinandersetzung anstrebt, was man ihm nicht verwehren könnte, wenn man sich zu den demokratischen Grundsätzen unserer Zeit bekennt, oder ob er die Machtmittel des Staates in dieser Richtung gebraucht. Ein solcher Gebrauch kann in den verschiedensten Formen geschehen, und demgemäß gibt es verschiedene Formen von Kirchenverfolgung und Unterdrückung der Religion. Man kann die Zugehörigkeit zu einer Religion bestrafen, wie es die Römer taten. Das ist die direkteste und primitivste Art der Kirchenverfolgung. Aber sie ist in unserm Zeitalter nicht mehr anwendbar. Man kann die gemeinschaftliche Ausübung einer Religion unmöglich machen, indem man die Kirchen schließt, die Religionsdiener maßregelt und den gemeinsamen Gottesdienst verbietet. Diese Methode wird vom Kommunismus überall da angewendet, wo er es mit schwachen Minoritäten zu tun hat, die auf

sich allein gestellt sind. Er hat es in Rußland mit den römischen Katholiken, in Rumänien und Karpatho-Rußland mit den unierten Katholiken so gemacht. Ein Sonderfall terroristischer Verfolgung ist Litauen, wo die Religion zugleich mit dem Volkstum durch Deportation eines großen Teiles der Bevölkerung ausgelöscht wurde. In den übrigen Ländern, die unter seine Herrschaft geraten sind, ist der Kommunismus gezwungen, Umwege einzuschlagen. Sie sind so vielfältig und verschiedenartig, daß sie hier nicht aufgezählt werden können. Übrigens sind sie bekannt. Auch diese Umwege haben jedoch den Charakter einer Verfolgung, wenn der Staat in der Absicht, die Kirche zu vernichten, kirchliche Personen oder einzelne Gläubige zu Entscheidungen religiöser Art zwingt oder nötigt. Selbst staatliche Maßnahmen von freundlichem Anschein können der Verfolgung dienen, wenn sie die Gläubigen zur Aufgabe religiöser Grundsätze verführen oder über die wirklichen Absichten des Staates hinwegtäuschen sollen, sofern diese Absichten in der Vernichtung der betreffenden Religionsgemeinschaft bestehen.

Dies alles sollte eigentlich in unseren Tagen nicht neu gesagt werden müssen, besonders nicht in Deutschland, wo die Methoden der nationalsozialistischen Kirchenpolitik eigentlich noch nicht vergessen sein sollten. Wenn ein englisches Gericht vor längerer Zeit in der Begründung eines Urteils die Auffassung vertrat, die Kirchen seien doch eigentlich in Deutschland gar nicht verfolgt worden, sollte wenigstens unter Deutschen in dieser Frage eine Meinung herrschen, und zwar darum, weil die Erfahrung hier ein besserer Berater ist als die juristische Auslegungskunst, mit der ja denn auch die kommunistischen Regierungen meisterhaft spielen und den vertrauensseligen, vielleicht auch bisweilen nicht uninteressierten Westen sogar mit Eleganz überspielen.

Tatsachen aus Jugoslawien

Den Charakter der Verfolgung in Jugoslawien hat derjenige, der ihn wahrscheinlich am sichersten beurteilt, Kardinal Stepinac, im vergangenen Sommer in einem Interview mit dem New Yorker Rechtsanwalt James F. Murray in folgenden Punkten zusammengefaßt. Der Kardinal sagte zu seinem Besucher: „Die religiöse Freiheit in Jugoslawien ist eine Legende. Auf vier Gebieten wird ein beständiger Druck auf jeden einzelnen ausgeübt: Klerus, Jugend, materielle Unterstützung, Presse.“

Zu den einzelnen Punkten können hier nur einige Hinweise gegeben werden. Der Klerus ist der Gefahr des Kerkers, ja sogar des Todes ausgesetzt. Außer Kardinal Stepinac selbst ist Bischof Cule von Mostar zu elf Jahren Gefängnis verurteilt, die er zur Zeit verbüßt. Ein orthodoxer Erzbischof und 25 seiner Priester wurden am Anfang der Regierung Titos erschossen. Der orthodoxe Erzbischof von Serajewo ist im Gefängnis. Von den katholischen Priestern sind zur Zeit mehr als 200 eingekerkert, verteilt auf 36 Konzentrationslager und Gefängnisse. Am 10. Oktober wurde der 86jährige slowenische Priester Guidovic zum Tode verurteilt. Die Anklagen gegen die Verurteilten lauteten, wie das seit Goebbels das Gewöhnliche ist, auf Spionage, Hochverrat, Sexualvergehen, Devisenvergehen usw. Eine andere, ebenfalls nicht neue Art, den Klerus auszurotten oder wenigstens gefügig zu machen, besteht in der Brotkorbpolitik der Regierung. Priester, die der sogenannten patriotischen Priestervereinigung St. Cyrill und Methodius angehören, erhalten Staatsgehälter; die übrigen dürfen, wenigstens in weiten Tei-

len des Landes, nicht einmal Gaben entgegennehmen, die die Gläubigen ihnen bringen. Sie hängen von den Zuweisungen ab, die sie von ihrem Bischof erhalten und die aus den bis zu dreimal versteuerten, genehmigten Kollekten stammen. Wie die Tätigkeit der Priester gehemmt wird, dafür mag zum Beweise dienen, daß eine Verordnung vom 31. 1. 1952 ihnen „jede Tätigkeit unterrichtlichen oder erzieherischen Charakters“ außerhalb des Kirchenraumes verbietet. Innerhalb der Kirche dürfen sie predigen und unterrichten, soweit sie nicht politisch werden. Es dürfte aber auch denen, die über den Begriff der politischen Einmischung der Geistlichen anderer Meinung sind als wir Katholiken, doch wohl nicht unbekannt sein, daß nach der Staatsauffassung des Kommunismus jede Lebensäußerung des Menschen einen politischen Charakter trägt, bzw. daß sie staatsfeindlich ist, wenn sie keinen trägt. In einem kommunistischen Lande ist es Sache administrativer Entscheidung, auszulegen, was politisch ist.

Der Gottesdienst in Jugoslawien ist unbehindert; die Kirchen sind offen, ja in den Großstädten, die die ausländischen Besucher zumeist kennenlernen, sind sie sogar überfüllt. Dies ist denn auch in allen Plädoyers für die Religionsfreiheit in Jugoslawien, die wir gelesen haben, das Hauptargument. Unseres Wissens sind aber sogar in der Sowjetunion die Kirchen offen, erst recht in Polen, Ungarn und der Tschechoslowakei. Sie waren auch im Dritten Reich offen. Es ist kaum zu glauben, daß ernsthafte Leute vom Range eines Peers sich dadurch blaffen lassen. Die Kommunisten haben bis zum Überdruß verkündet, daß sie die unbelehrbaren alten Leute mit ihrer Religion, d. h. mit ihrem Gottesdienst sterben lassen wollen, wenn nur die junge Generation nicht mehr hineingeht. Dafür aber wird in Jugoslawien nicht weniger gesorgt als anderswo. Selbstverständlich ist die Jugend in einer Staatsorganisation erfaßt, die zusammen mit der Schule durch Unterricht, Schulung und äußerlich durch einen geeigneten Dienstplan dafür sorgt, daß die jungen Menschen im richtigen Geiste aufwachsen. Kurz vor Weihnachten wurde bekannt, daß am Weihnachtstage Unterricht und sogar Tertialprüfungen stattzufinden hätten und daß das Fehlen an diesem Tage bei Lehrern und Schülern strafbar sei. Selbstverständlich ruhte auch die Arbeit in den Betrieben nicht, und die Untergrabung des Sonntags ist nicht das unwichtigste der Mittel, die christliche Atmosphäre allmählich auszulöschen. Wer die Erfahrungen der Nazizeit nicht vergessen hat, vermag sich wohl auch vorzustellen, welchem moralischen Druck und welcher beruflichen Benachteiligung diejenigen jungen und jüngeren Menschen ausgesetzt sind, die zur Kirche halten und sich der weltanschaulichen Linie der Partei nicht einfügen oder gar widersetzen. Wer sich das nicht vorstellen kann, wird wohl nur belehrt werden, wenn er in einem kommunistischen Lande zu leben gezwungen wird.

Kardinal Stepinac hat auch von den Einschränkungen der kirchlichen Presse gesprochen. Soweit wir unterrichtet sind, steht für die vier katholischen Zeitschriften eine Lizenzauflage von 20000 Stück zur Verfügung. Jedoch wird sie nach Vorlage der Manuskripte an die Zensur häufig „wegen Papiermangels“ reduziert, also aus wirtschaftlichen, nicht aus politischen Gründen! Wir sind kürzlich von einem geistlichen Leser aus Jugoslawien darüber informiert worden, daß unsere Berichte „einseitig“ seien. Als besonderes Beispiel führte er in seinem Brief an, daß ausländische Literatur und Zeitschriften, unter ihnen auch

die Herder-Korrespondenz, nach Jugoslawien gelangen. Wir geben das zur Abrundung des Bildes wieder. Ebenso, daß — diesem Brief zufolge — die slowenische Landesregierung 2 Millionen Subvention für das Priesterseminar von Laibach bewilligt und eine Anzahl von Wiederaufbauten zerstörter Kirchen mitfinanziert hat, darunter den des Knabenseminars in Görz in Höhe von 4 Millionen. Wir haben ja schon früher berichtet, in welchem Umfange die polnische Regierung das Gleiche getan hat. In Ungarn ist es sogar vorgekommen, daß die Kommunisten in einem Bauerndorf beim Wiederaufbau der Kirche mit Hand anlegten, um die letzten Bedenken zu zerstreuen, bzw. den Arglosen Sand in die Augen zu streuen.

Kardinal Stepinac

Im gegenwärtigen Augenblick sucht die jugoslawische Propaganda den Westen mit zwei speziellen Argumenten heim, die den Abbruch der Beziehungen zum Vatikan rechtfertigen sollen. Auch die oben erwähnte deutsche Zeitung ist darauf hereingefallen. Die beiden Schlagworte lauten: der Vatikan hat durch die Erhebung eines Kriegsverbrechers zum Kardinal Jugoslawien herausgefordert, und der Vatikan macht sich zum Agenten der italienischen Adriapolitik, zum verlängerten Arm de Gasperis.

Über den Kardinal sagte Tito am 16. Dezember: „Der Vatikan hat Jugoslawien beleidigt, indem er den Kriegsverbrecher Stepinac zum Kardinal erhob. Er ist ein politischer Bischof. Er trug zu der Verabredung über ein Konkordat zwischen Alexander Karageorgevic (König Alexander) und dem Vatikan bei und wurde über Nacht zum Bischof ernannt. Er wurde nicht Bischof wegen irgendwelcher Heiligkeit oder bedeutender Dienste. Es war eine politische Frage, wie es auch heute eine ist.“

Dazu ist folgendes festzustellen: Das Konkordat wurde am 25. Juli 1935 unterzeichnet. Kardinal Stepinac wurde am 28. Mai 1934 Koadjutor mit dem Recht der Nachfolge in Zagreb und nach dem Tode seines Vorgängers im Dezember 1937 Erzbischof von Zagreb, wie „The Tablet“ (27. 12. 52) ermittelt hat. Auf die übrigen Vorwürfe gegen den Kardinal braucht nach dieser Stichprobe nicht mehr eingegangen zu werden. Der genannte Artikel des „Tablet“ setzt sich mit ihnen übrigens sehr eingehend auseinander. Der Vorwurf, daß Stepinac sein Vaterland an die Deutschen verraten habe, ist weder zur Zeit seines Prozesses im Jahr 1946 noch in diesen Wochen von irgend jemandem im Westen außer von der „Westfälischen Rundschau“ ernstgenommen worden, die Stepinac zu einem „Ustascha-Führer“ befördert, der „dem Antichristen Hitler in einer eines Priesters besonders unwürdigen Weise diene“. „Anderwärts hat man die Leute wie Lord How-How und Quisling zum Tode verurteilt. Stepinac gehört im Grunde zu der gleichen Kategorie.“

Diese Art, die Dinge zu sehen, und mehr noch diese Weise, sie zu sagen, ist Gott sei Dank ein Einzelfall, der wohl nur in Deutschland vorkommen konnte und sich würdig neben die Belgrader Zeitungen stellt, die aus Stepinac, und neben die Warschauer, die aus Wyszynski einen Anhänger hitlerischer Politik gemacht haben. Typisch für eine gewisse Geistesrichtung im Westen allerdings ist es, daß es nur des leisesten Scheines eines Argumentes bedarf, um den Vatikan zu verdächtigen, wenn auch nicht immer so törricht, wie die „Westfälische Rundschau“ es tat. In Amerika z. B. hat man gefragt: „Hatte Tito nicht ein Recht, sich beleidigt zu fühlen, wenn der Papst einen Mann zum

Kardinal ernannte, den Tito für geeignet hielt, um ihn ins Gefängnis zu werfen?“ Darauf antwortet J. J. Gilbert aus Washington sehr richtig: „Was habt ihr denn vom Papst angenommen? Habt ihr einen Augenblick gedacht, er werde einem heroischen Erzbischof das Kardinalat vorenthalten, bloß weil ein Mann von üblem Ruf den Erzbischof ins Gefängnis geworfen hat, da er den Glauben verteidigte?“

Der Heilige Stuhl und Jugoslawien

Das andere Propagandaschlagwort aus Belgrad, der Vatikan besorge die Geschäfte Italiens, ist nicht minder unbegründet. Dafür zeugen die guten Beziehungen, die zwischen dem Heiligen Stuhl und Jugoslawien zwischen den Weltkriegen bestanden, obwohl der nationale und religiöse Gegensatz zwischen Kroaten, Slowenen und Serben diese Beziehungen starken Belastungsproben aussetzte. Nicht zuletzt ist die Ernennung von Stepinac, der als kroatischer Patriot während des ersten Weltkrieges in einem Freikorps gekämpft hatte, ein Beweis dafür, daß der Heilige Stuhl den Jugoslawen ihre nationale Rechte gönnte und gönnt, wie er ihnen auch Privilegien im liturgischen Gebrauch der Landessprache in einem Ausmaß einräumte wie keinem andern Volk in der westlichen Welt. Der Heilige Stuhl hat sich zu keiner Zeit in die Auseinandersetzung zwischen Italien und Jugoslawien eingemischt, sondern seiner Tradition gemäß stets die gegebenen staatsrechtlichen Verhältnisse geachtet. Sowenig er selbst jedoch sich in diese einmischte, so wenig bestand für ihn Veranlassung, eine im kirchlichen Interesse liegende Maßnahme wie die Kardinalserhebung des Erzbischofs von Agram zu unterlassen, weil sie dessen Regierung offensichtlich sehr unangenehm war. Dies um so weniger, als die Auszeichnung dieses Bischofs nach den Worten des Papstes im Konsistorium eine Auszeichnung des Volkes sein sollte, dem der Kardinal angehört.

Man kann, im ganzen gesehen, den Eindruck nicht loswerden, daß Rom den jugoslawischen Kommunismus ernster nimmt und richtiger beurteilt als die westlichen Alliierten, deren Politik nach dem Wort eines Amerikaners einzig von der Furcht bestimmt ist, Tito könnte wieder zum Kreml übergehen. Hoffentlich denken sie ebenso intensiv an die Geschichte vom trojanischen Pferd.

Die jugoslawische Kirchenverfolgung in der Darstellung des Vatikans

Der „Osservatore Romano“ vom 14. Januar 1953 veröffentlicht den Text eines Notenwechsels zwischen dem Heiligen Stuhl und dem jugoslawischen Außenministerium, der dem Abbruch der diplomatischen Beziehungen vorausging. Die Beschwerde der Regierung richtet sich gegen die kirchlichen Maßnahmen gegen die „Patriotische Priestervereinigung St. Cyrill und Methodius“; der Heilige Stuhl faßt in seiner Antwort die Tatsachen des jugoslawischen Kirchenkampfes zu einer eindrucksvollen Anklageschrift zusammen. Wir veröffentlichen hier eine Übersetzung der (im Original französisch abgefaßten) Dokumente, weil sie die beste Orientierung über die Lage der Kirche in Jugoslawien darstellen.